

DCPT

© 2011 by the author. Published by Elsevier Ltd. All rights reserved.

Bundesministerium der Justiz und
für Verbraucherschutz

11015 Berlin

Bundesministerium der Justiz
und für Verbraucherschutz

4b: ☐ Post ☐ ☐ ☐

23.12.2016 08:44

Anlagen: ☐

gehoht: ☐ lich ☐ Doppel ☐

Deutsche Gesellschaft für
Psychoanalyse,
Psychotherapie,
Psychosexuologie und
Tiefenpsychologie e.V.

સામગ્રીનાં લેણદારોને બહુમતીના ૪૦%ના અંશમાં

Dr. InG. Beate Ulrich
Vorsitzende
Friedstraße 7
80333 München
Fax: 089 / 2 50 58 53
Fax: 089 / 26 07 89 53
E-Mail: praes-@gwdg.de

Ingrid Schaefer-Telling
 2007, Vancouver
 University of British Columbia
 2007, 2008, 2009
 2007, 2008, 2009
 2007, 2008, 2009
 2007, 2008, 2009
 2007, 2008, 2009

[illegible]

Dr. med. Dipl.-Psych.
Sigrith Ritzke-Kochanitzky
Vorsitzende der Sektion
„Seitensverband der deutschen
PsychoanalytikerInnen und Psycho-
analytiker ASAP“
Königsplatz 10, 10119 Berlin
Tel.: 030 4636363636363636
Fax: 030 4636363636363636
E-Mail: ritzke@chloe.gwdg.de

୧। ଶ୍ରୀମତୀ - ପ୍ରଫୁଲ୍ଲତା, ଘରୋଇ ଚଳାଚିତ୍ର
 ୨। ଶ୍ରୀମତୀ - ସୁମିତ୍ରା, ଘରୋଇ ଚଳାଚିତ୍ର
 ୩। ଶ୍ରୀମତୀ - ସୁମିତ୍ରା, ଘରୋଇ ଚଳାଚିତ୍ର
 ୪। ଶ୍ରୀମତୀ - ସୁମିତ୍ରା, ଘରୋଇ ଚଳାଚିତ୍ର
 ୫। ଶ୍ରୀମତୀ - ସୁମିତ୍ରା, ଘରୋଇ ଚଳାଚିତ୍ର
 ୬। ଶ୍ରୀମତୀ - ସୁମିତ୍ରା, ଘରୋଇ ଚଳାଚିତ୍ର
 ୭। ଶ୍ରୀମତୀ - ସୁମିତ୍ରା, ଘରୋଇ ଚଳାଚିତ୍ର
 ୮। ଶ୍ରୀମତୀ - ସୁମିତ୍ରା, ଘରୋଇ ଚଳାଚିତ୍ର
 ୯। ଶ୍ରୀମତୀ - ସୁମିତ୍ରା, ଘରୋଇ ଚଳାଚିତ୍ର
 ୧୦। ଶ୍ରୀମତୀ - ସୁମିତ୍ରା, ଘରୋଇ ଚଳାଚିତ୍ର

**Entwurf eines Gesetzes zur Änderung der materiellen
Zulässigkeitsvoraussetzungen von ärztlichen Zwangsmaßnahmen und
zur Stärkung des Selbstbestimmungsrechts von Betreuten /
I A 6 - 3475/10-1-12 937/2016**

Sehr geehrte Damen und Herren,

vielen Dank für die eingeräumte Möglichkeit zur Stellungnahme.

Die damalige Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes (BVerfG) vom 26.07.2016 (1 BVL 8/15) hat auf einen Umstand aufmerksam gemacht, der auch unsere Mitglieder, im Bereich der Betreuung, aber auch in Praxen und Kliniken betrifft.

Auch wir sahen es als hochproblematisch an, dass das Betreuungsrecht es dem Betreuer eines nicht Einsichtsfähigen nur dann gestattet, in eine ärztliche Zwangsmaßnahme einzuwilligen, wenn dieser zwangsweise untergebracht ist. In anderen Fällen konnte der Betreuer nicht wirksam einwilligen, obwohl der Betreute aufgrund einer psychischen Erkrankung oder seelischen oder geistigen Behinderung die Notwendigkeit der ärztlichen Maßnahme nicht erkennen konnte. Es bestand insoweit eine Gesetzeslücke, die mit diesem Referentenentwurf geschlossen werden soll.

Die DGPT begrüßt ganz allgemein die anstehende Änderung, sieht aber die zusätzliche Genehmigung durch das Betreuungsgericht, obgleich die Einwilligung in die ärztliche Zwangsmaßnahme eine Schutzmaßnahmen für den Betreuten darstellt, als den Alltag sicher nicht vereinfachende Regelung an.

Die im Gesetz unter § 1901a Abs. 4 (neu) vorgesehene Regelverpflichtung, auf die Möglichkeit einer Patientenverfügung hinzuweisen und den Betroffenen auf seinen Wunsch hin bei Errichtung einer solchen zu unterstützen, sehen wir allerdings durchaus kritisch, da es schwer psychisch

44bCFS05E55401fa

Dr. Ing. Prof. Fritz Hofmann
Gesamtdirektor

RAM STRAUS LOEWEN
JACKSON

Kudlitzschdamm 5-9/35
10517 Berlin
Fon: 030 / 8 37 10 36 30
Fax: 030 / 8 37 10 39 55

[illegible]

Handwritten: 2202 121 078 512 200 505 50
 REF: DE37 2005 0450 1262 1214 10 SIC: NO.SPDEF-XXXX

25 3475/ 10-1-12 937120/16

Kranken in nicht wenigen Fällen an der nötigen Einsichtsfähigkeit mangelt. Fraglich ist auch, ob eine solche Erklärung wegen Vorerkrankungen überhaupt eine Rechtswirkung entfalten und damit den behandelnden Arzt, z.B. gegenüber kritischen Angehörigen rechtssicher exkulpieren kann. In diesem Punkt sehen wir für den Bereich der schwer psychisch Kranken noch Konkretisierungsbedarf.

Mit freundlichen Grüßen



Dr. med. Beate Unruh
Vorsitzende